



SOLIDARITÄT MIT EUREM STREIK

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir, die Sozialistische Organisation Solidarität (Sol), wünschen euch viel Kraft und Erfolg für euren Streik. Denn wir wissen, euer Kampf ist nicht nur für euch, sondern ein Kampf im Sinne aller Beschäftigten und der Mehrheit der Bevölkerung, die auf eine gute Versorgung der Jüngsten angewiesen ist. Nur gute Arbeitsbedingungen stellen eine gute Versorgung sicher.

Denn so kann es nicht weitergehen – über 400.000 Beschäftigte fehlen bundesweit laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung in den Kitas. Bereits im Jahr 2022 bestand ein Investitionsstau von 10 Milliarden Euro. Mit gravierenden Folgen: jede*r zehnte*r Erzieher*in ist bereits im Burnout. Dazu kommen Hörstürze, Rückenschmerzen und weitere psychosomatische Leiden.

Es ist skandalös, dass sich die hohen Herren und Damen des Berliner Senats bisher weigern, überhaupt mit euch zu verhandeln. Nur die Sprache des Streiks werden sie verstehen – wenn sie nicht hören wollen, auch eine ganze Woche!

Es braucht endlich eine tarifliche Mindestpersonalausstattung und Regelungen zum Belastungsausgleich bei Nichteinhaltung. Doch es braucht auch eine generelle Aufwertung des Berufs. Denn Erzieher*innen steigen mit nur etwa 2.311€ in den Beruf ein – wenn sie Vollzeit arbeiten, was viele Kolleg*innen physisch und psychisch nicht können. Mit besseren Arbeits- und Lohnbedingungen ließen sich mehr Leute für den Beruf gewinnen.

Solidarität und Kampagne für mehr Personal

In der Presse liest man täglich von der Unverhältnismäßigkeit des Streiks. Doch nicht der Streik gefährdet Kinder und Eltern, sondern der Normalzustand! Ähnliche Probleme sehen wir in der Pflege, Schulen und dem ÖPNV, wo die Kolleg*innen auch unter Überlastung und eklatanten Personal-mangel leiden. Um etwas zu verändern, muss der geballte Druck aus den betroffenen Bereichen auf die Straße gebracht werden – nicht einzeln, sondern gemeinsam und mit einer breiten Solidaritäts-kampagne aus der arbeitenden Bevölkerung.

Eine breite Solidaritätskampagne aller DGB-Gewerkschaften ist nötig, um für den Arbeitskampf eine breite Unterstützung aufzubauen. Von einer besseren Versorgung würden schließlich alle profitieren. Dabei ist es auch wichtig, durch eine Informations-kampagne der Gewerkschaften die Eltern mit ins Boot zu holen, indem ihnen erklärt wird, inwiefern eine gute frühkindliche Bildung unter der aktuellen Personalsituation nicht möglich ist und andererseits, dass mehr Personal und eine höhere Attraktivität des Berufs auch die langen Wartezeiten auf Kita-Plätze beenden könnten unter denen viele leiden. Letztlich brauchen wir eine gemeinsame gesellschaftspolitische Bewegung für mehr Investitionen und Personal in Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Jugendämtern und der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge! Schließlich haben alle anderen Beschäftigten etwas davon, wenn ihre Kinder bessere Bedingungen haben oder



www.solidaritaet.info  [sol_berlin](https://www.instagram.com/sol_berlin)

SOZIALISTISCHE ORGANISATION **SOLIDARITÄT** ■

ihre Angehörigen durch ausreichend Personal gepflegt werden. Eine solche gezielte Kampagne – inklusive Streiks und Massendemonstrationen – würde auch die potenzielle Macht der Gewerkschaften endlich sichtbar machen und wäre das beste Mittel, um massenhaft neue Mitglieder zu gewinnen!

Das Problem heißt Kapitalismus

Dabei heißt es immer, dass kein Geld vorhanden sei. Wenn es aber um militärische Aufrüstung geht, werden plötzlich 100 Milliarden Euro hergezaubert. Was wäre erst möglich, wenn die Billionen Euro Privatvermögen der Reichen und Superreichen in der Bundesrepublik mit einer Vermögensabgabe und einer Reichensteuer belegt würden? Zum Beispiel

ließe sich ein Bildungswesen schaffen, in dem die Erzieher*innen nicht mehr permanent am Rande des Nervenzusammenbruchs stehen, sondern genug Personal und Zeit für frühkindliche Bildung und Betreuung statt nur der "Aufbewahrung" der Kinder da wäre. All das wäre gesellschaftlich sinnvoll und im Interesse der Mehrheit. Doch in einer Gesellschaft, in der der Profit vor den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt steht, wird es das nicht geben. Erst wenn wir den gesellschaftlichen Reichtum, wie auch Banken und Konzerne demokratisch kontrollieren und nach den Bedürfnissen aller einsetzen, wird sich etwas verändern. Deswegen kämpft die Sol für eine sozialistische Demokratie.

Unterstützt die Initiative Wir schlagen Alarm!

Täglich lesen wir über den geplanten Sozialkahltschlag im kommenden Haushalt und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Schon jetzt wurden 16% bei den Mitteln für das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm gekürzt. Dazu kommen die von der FDP geplanten Angriffe auf das Streikrecht. Wir dürfen das nicht akzeptieren. Es reicht nicht aus, wenn die Führungen unserer Gewerkschaften sich empört über den FDP-Vorschlag zeigen, und gleichzeitig weiter auf eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Regierung setzen. Es muss jetzt ernsthaft Widerstand vorbereitet werden – gegen weitere Kürzungen sowie gegen jegliche Drohungen, das Streikrecht einzuschränken! Als Teil der Initiative "Wir schlagen Alarm" vernetzen wir uns von unten und setzen uns deshalb dafür ein, dass ab sofort in den Gewerkschaften diskutiert wird, wie dieser Widerstand aussehen kann und wie wir lokale, regionale und bundesweite Netzwerke bis hin zu bundesweiten Aktionskonferenzen aufbauen können. Unter www.wir-schlagen-alarm.de kann man diese Kampagne mit einer Unterschrift unterstützen und Musterresolution für das Einbringen in Gewerkschaftsgremien finden.

Forderungen von Wir schlagen Alarm

- **Nein zu jeglichen Kürzungen und Verschlechterungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge**
- **Nein zu Einschränkungen von demokratischen Rechten – Hände weg vom Streikrecht**
- **Für eine massive Erhöhung der Steuern auf Gewinne und Vermögen der Banken, Konzerne und Superreichen**
- **Für Milliardeninvestitionen in Bildung, Gesundheit, Klima und Soziales – statt Milliarden für Aufrüstung und Militarisierung**



Die nächsten Treffen der Sol Berlin:

Ortsgruppe Friedrichshain, Montags 18:30 im „Wir aktiv im Kiez“ Kopenstr. 62:

15.07.: Die Geschichte der Berliner Wohnungspolitik und der Mietebewegung

Ortsgruppe Neukölln, Dienstags 18:30 im Verein iranischer Flüchtlinge, Reuterstraße 52:

09.07.: Kapitalismus und Sklaverei. Über die Entstehung des modernen Rassismus

16.07.: Wie kam es zur Kommerzialisierung im Fußball?

Protestaktion: Händeweg vom Streikrecht!

Anlässlich des Antrages der FDP Bundestags das Streikrecht einzuschränken protestieren Unterstützer*innen des Aufrufs "Wir schlagen Alarm" am Samstag den **20. Juli ab 12 Uhr vor der FDP Parteizentrale (1216, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin) Kommt vorbei!**

Mehr Infos unter www.wir-schlagen-alarm.de